

Stellungnahme des Umweltbundesamtes zur Konsultation der Bundesnetzagentur über ein einzurichtendes Marktstammdatenregister

Konsultationsunterlage der Bundesnetzagentur vom 20. Oktober 2014



Dessau-Roßlau, im Dezember 2014

Das Umweltbundesamt (UBA) dankt für die Gelegenheit, an der Konsultation der Bundesnetzagentur (BNetzA) zu einem künftigen Marktstammdatenregister (MaStR) teilzunehmen.

Das MaStR beruht gesetzlich im Wesentlichen auf § 53b des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG). Dieser ermächtigt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), eine Rechtsverordnung für ein von der BNetzA zu führendes Gesamtanlagenregister zu schaffen. Das MaStR soll – vor allem nach Integration des Anlagenregisters nach § 6 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2014) – dieses Gesamtanlagenregister künftig darstellen.

Aufgaben des Gesamtanlagenregisters sind nach § 53b EnWG

- die Verbesserung der Gewährleistung und Überwachung der Versorgungssicherheit, insbesondere des sicheren Betriebs von Energieversorgungsnetzen,
- des Monitorings der Versorgungssicherheit und
- die Vereinfachung der energierechtlichen Meldepflichten.

Das UBA unterstützt die genannten Ziele. Es sieht Vorteile, die mit der Errichtung eines solchen Registers zusammenhängen können. Diese bestehen unter anderem darin, dass Statistiken auf einer soliden, umfassenden Datenbasis erarbeitet, Berichterstattungen umfassendere und validere Daten nutzen können, Ausbaukorridore des EEG 2014 genau eingehalten werden können sowie die Wissenschaft einen präzisen Überblick erhalten kann, wie, wo und was an Anlagenbestand existiert und Zubauten erfolgen. Es wäre zudem ein denkbarer Schritt der Entbürokratisierung, behördliche Meldeverpflichtungen gegenüber unterschiedlichen Registern zu verringern.

An der Verfolgung dieser Ziele sollte grundsätzlich jeder Akteur, der am Elektrizitäts- und Gasmarkt teilnimmt sowie wissenschaftlich, statistisch, vollziehend oder berichtserstattend mit diesen zu tun hat, großes Interesse haben – so auch das UBA. Von umso größerer Wichtigkeit ist es, dass das MaStR diese Ziele tatsächlich erreicht oder die Zielerreichung zumindest wesentlich unterstützt. Nur dann lohnen sich der personelle, zeitliche und finanzielle Aufwand, das MaStR zu errichten und die betroffenen bisherigen Register an dieses anzubinden.

An der Stelle der Beschreibung der Ziele bleibt das Konsultationspapier jedoch leider noch sehr vage, so dass fundierte Aussagen im Rahmen dieser Konsultation nur schwierig zu treffen sind.

Zusammenfassend erscheinen dem UBA die Planungen der BNetzA zu einem künftigen MaStR noch nicht hinreichend weit gediehen, um – wie im Konsultationspapier unter Ziffer 8 angekündigt – auf Basis der Erkenntnisse der Konsultation bereits die europaweite Ausschreibung der Software vornehmen zu können. Es erscheint dem UBA stattdessen unbedingt und dringend angebracht,

- die Ziele des MaStR genauer zu bestimmen und zu beschreiben,**
- die für die Aufgabenerledigung und zur Zielerreichung erforderlichen Prozesse der noch zu bestimmenden Akteure hinsichtlich Abläufen und Inhalten aufzunehmen, zu analysieren, zu optimieren und dann festzulegen und**
- die Belange des Datenschutzes und der Datensicherheit anhand der mit dem MaStR verfolgten Ziele zu bestimmen und in die Prozesse und die Softwarearchitektur zu integrieren.**

Erst *nach* Klärung dieser Punkte können verschiedene technische Optionen für die Realisierung untersucht, die geeignetste ausgewählt, die Architektur festgelegt, der Auftrag vergeben und die Programmierung begonnen werden.

Aus fachlicher Sicht des UBA stellen die genannten Punkte derartige Grundbedingungen der weiteren Befassung mit dem Thema MaStR dar, dass sie praktisch – je nach Ergebnis – eine Art Sollbruchstelle darstellen: Je nach Behandlung der genannten Punkte durch die BNetzA kann sich die Gestaltung des künftigen MaStR erheblich verändern und sich auch auf die im Rahmen der Konsultation gegebenen Antworten des UBA auswirken.

Daher weisen wir darauf hin, dass die Ergebnisse des Konsultationsprozesses wegen der Offenheit der bislang ausgearbeiteten Grundgedanken des Konsultationspapiers für Spezifizierung und Ausschreibung eines MaStR nicht geeignet sind.

Zudem weist das UBA auf Folgendes hin:

Die BNetzA plant eine zweigeteilte Konsultation. In einem ersten Schritt soll „die geplante Ausgestaltung“, in einem zweiten Schritt im Frühjahr 2015 „die Frage der Datendefinitionen in einer gesonderten Diskussion behandelt“ werden (Seite 1 und Seite 2 unter Ziffer 2.1. des Konsultationspapiers).

Dieses Vorgehen sieht das UBA kritisch: Abgesehen davon, dass es sich aus unserer Sicht als beinahe unmöglich herausstellen wird, einheitliche Begriffsdefinitionen für den gesamten Elektrizitäts- und Gasmarkt zu finden, könnten diese derart festgelegt werden, dass sie Rückwirkungen auf das jetzt konsultierte Konzept haben. Das prominenteste Beispiel dürfte in diesem Zusammenhang der **Begriff der „Anlage“** sein. Eine geplante Abschaffung anderer Register könnte dann scheitern, falls der Anlagenbegriff von der bisher in dem anderen Register und damit Vorschriften und praktischen Prozessen genutzten Definition abweicht. Nicht nur mit der jetzt konsultierten Ausgestaltung, sondern auch mit den künftigen Definitionen steht und fällt die Erreichung der oben genannten Ziele eines künftigen MaStR.

Für Gestaltung und Umsetzung des MaStR wesentliche Punkte:

Für das UBA ergaben sich aus der Befassung mit dem Konsultationspapier der BNetzA grundlegende Punkte, die wir vor der Beantwortung der konkret gestellten Fragen ansprechen. Die BNetzA ist gebeten, sich mit diesen intensiv zu befassen, sie einer Lösung zuführen und diese Lösung gegebenenfalls erneut öffentlich konsultieren – am besten gemeinsam mit den Definitionen. Das UBA sieht sonst die Gefahr, dass die BNetzA die Ziele, die das MaStR verfolgt, verfehlt. Für eine Diskussion dieser Punkte wie auch für weitere Unterstützung stehen die der BNetzA bekannten Ansprechpartner des UBA – wie auch bereits im Vorfeld dieser Konsultation – partnerschaftlich beratend und unterstützend zur Verfügung.

► Erforderliche Neujustierung von Ziel und Zweck des MaStR, Verhältnis zu bestehenden Registern

Für die Befassung mit der Gestaltung und der künftigen Programmierung eines MaStR ist die Frage nach dessen Ziel und Zweck maßgeblich. Das Konsultationspapier bietet unterschiedliche Ziele an, die zum Teil anderen Ausführungen widersprechen:

So soll das MaStR behördliche Registrierungspflichten bündeln (Seite 1), so dass mittelfristig viele andere Registrierungspflichten abgelöst oder vereinfacht werden können (Seite 2 unter Ziffer 1.). Nur schwierig ist damit in Einklang zu bringen, dass Marktakteure weiterhin Daten bei sich halten und pflegen müssen (Seite 5 unter Ziffer 3.; wiederholt auf Seite 6 unter Ziffer 3.2.). Mit dieser Pflicht, den Bestand an Registern fortzuführen, steht und fällt aus Sicht des UBA die Nützlichkeit des MaStR.

Das MaStR soll weiterhin zum Abgleich mit den eigenen Daten herhalten (Seite 1). Auch ein Datenaustausch mit bestehenden Registern ist angedacht (Seite 2 unter Ziffer 1.). Damit ist kaum zu vereinbaren, dass der Akteur selbst seine eigenen Daten im MaStR richtig und aktuell zu halten hat (Seite 10 unter Ziffer 6.1.); in bestimmten Fällen soll es eine Plausibilisierung der Daten durch einen anderen Marktakteur geben (Seite 8 unter Ziffer 4.2.). Wie dies durch wen in welchen Fällen erfolgen soll, ist offen. Es ist nach den bisherigen Erfahrungen auf dem Elektrizitätsmarkt kaum damit zu rechnen, dass die Daten aktuell und richtig sind, wenn im Wesentlichen die Akteure selber (beispielsweise private Anlagenbetreiber) für die Richtigkeit sorgen müssen.

Das MaStR soll eine einheitliche Datenbasis darstellen, auf die viele andere Akteure zugreifen können sollen (Seite 2 unter Ziffer 1; Nennung der Akteure auf Seite 5 unter Ziffer 3.1.). Die Einheitlichkeit leidet jedoch von Anfang an darunter, dass das MaStR die Stammdaten nur eines Großteils, nicht jedoch sämtlicher Akteure erfassen möchte (Seite 1).

Das MaStR soll zudem die Stammdaten auf dem Elektrizitäts- und Gasmarkt zu vereinheitlichen helfen (Seite 2 unter Ziffer 1) und so einen Beitrag dazu leisten, dass durch gemeinsame, einheitliche Referenzen Prozesse der Marktakteure vereinfacht werden (Seite 5 unter Ziffer 3.). Eine tragende Rolle in den Marktprozessen, die dies

nach sich zöge, wird für das MaStR jedoch ausdrücklich abgelehnt (Seite 6 unter Ziffer 3.2.).

Weiterhin werden Rolle, Umfang und Funktion von Registern, Fachinformationssystemen und Datenhaltungen der Bundesländer **nicht** thematisiert. In diesen liegen aber zumindest im Umweltbereich, v.a. im Immissionsschutz, i.d.R. die genehmigungsrelevanten Informationen und Stammdaten vor. Diese werden im Rahmen von Berichtsprozessen auch regelmäßig von Bundesinstitutionen genutzt. Dies bedeutet, dass die Stammdaten in diesen Fällen nicht separat erhoben werden.

Daraus lassen sich folgende **Schlussfolgerungen** zu den verfolgten Zielen ziehen:

- Die derzeit geplante **zeitlich eingeschränkte Nutzbarkeit/Verfügbarkeit** verhindert die Ersetzung der Stammdatenhaltung anderer Register, die im 24/7-Betrieb auf Datennutzung angewiesen sind, beispielsweise das Herkunftsnachweisregister im UBA. Von einer Einbindung in die Marktprozesse am Elektrizitäts- und Gasmarkt distanziert sich das MaStR nach dem Konsultationspapier daher konsequenterweise ausdrücklich (Seite 5, unter Ziffer 3.). Zum Thema „Verfügbarkeit des MaStR“ äußert sich das UBA noch in der Antwort auf Frage 24.
- Die **nicht gewährleistete Richtigkeit** der gehaltenen Stammdaten verhindert die Referenzfunktion des MaStR. Bei festgestellter Abweichung der Daten bei einem Datenabgleich werden andere datenhaltende Stellen eher den eigenen Daten vertrauen als denen des MaStR. Dies bereits deshalb, weil sich aus Seite 5 unter Ziffer 3. die BNetzA wohl von einer etwaigen – auch finanziellen – Verantwortung für fehlerhafte Daten distanziert. Datennutzer, die sich auf die Daten im MaStR verlassen und hierauf Verwaltungsentscheidungen gründen, machen sich so ihrerseits juristisch angreifbar. Aus Sicht des UBA geht die Wahrheit der Daten dem Gedanken der Verwaltungsvereinfachung vor.
- Da die Daten **nicht vollständig** sind, sondern das MaStR nur einen Großteil der Akteure erfasst, müssen vorhandene Datennutzer und Register weiterhin selber Stammdaten erheben und recherchieren.
- Ein zusätzliches Stammdatenregister auf Bundesebene ohne eine Integration der Ländersysteme bedeutet daher in der angedachten Konstellation nur zusätzlichen (Bürokratie-)Aufwand für die Betreiber, ohne dass das Problem möglicherweise divergierender Stammdaten gelöst wird oder derzeit ein sonstiger potentieller zusätzlicher Nutzen erkennbar wäre (vgl. auch Antworten zu Frage 3).
- Daraus folgt, dass es auch mit einem MaStR **weiterhin nötig** sein dürfte, **andere Register** zu führen und dafür Daten zu erheben, falls die im MaStR angebotene Qualität für die eigenen behördlichen Zwecke nicht ausreichend ist. Dies nimmt den entbürokratisierenden Effekt, den das MaStR für sich in Anspruch nimmt, wenn es **weiterhin unterschiedliche behördliche Meldepflichten** geben muss. **Die Meldepflicht an das MaStR kommt in diesem Fall nur neu hinzu und vermehrt möglicherweise sogar die Bürokratie.** Zudem

wird die Bedeutung einer zentralen Datenhaltung für den Bürokratieabbau überschätzt. Eine zentrale Datenhaltung, auf die andere Systeme mit unterschiedlichen Anforderungen – insbesondere Datenschutz und Sicherheitsanforderungen – zugreifen müssen, kann von Struktur und Handling sehr unflexibel und sein, da die restriktivsten Sicherheitsanforderungen das gesamte System bestimmen. Effizienter können Systeme sein, bei denen die Datenhoheit bei den Betroffenen verbleibt, die Inhalte der Berichte aber soweit möglich aus standardisierten Inhalten, wie XöV-Komponenten bestehen, und diese dann anlassbezogen den verschiedenen Empfängern zugesandt werden.

- Die gewünschte Anbindung bestehender behördlicher Register wie des Herkunftsnachweisregisters an das MaStR erscheint vor dem Hintergrund der genannten Nachteile wenig hilfreich, so dass der mit der Programmierung der Schnittstelle verbundene Aufwand aus Gründen der Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns gut zu überlegen wäre. Allein für den gesondert EU-gesetzlich geregelten Emissionshandel wären national etwa 20 Datenerfassungs-Anwendungen im UBA betroffen und mittels zu programmierender Schnittstelle anzubinden. Aufwand und Zusatznutzen stehen nach dem bisherigen Konzept des MaStR kaum in einer vernünftigen Relation zueinander. Das Gebot der Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns hat nach Art. 114 Absatz 2 GG sogar Verfassungsrang.

Diese Gedanken zusammenfassend bittet das UBA die BNetzA, die Frage zu beantworten, welchen genauen Zweck man mit dem MaStR verfolgt und welche Garantien für Nutzer anderer Register diskutabel sind. Ohne eine präzise Beschreibung dessen ist eine weitere Auseinandersetzung mit dem MaStR und dem Konsultationspapier aus Sicht des UBA wenig zielführend.

► **Höhere Anforderungen an Datensicherheit**

Geht man von den Zielen aus, die § 53b EnWG definiert, so könnte das MaStR einen hohen bis sehr hohen Schutzbedarf nach Vorgaben des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) haben. Das MaStR soll nämlich unter anderem die Gewährleistung der Versorgungssicherheit verbessern.

Wie die Programmierung und der Betrieb des MaStR das Thema IT-Sicherheit und Datensicherheit umsetzt, ist noch nicht ausgeführt. Das Konsultationsdokument enthält lediglich den Hinweis auf eine „demilitarisierte Zone“ (DMZ), in der die Datenbank liegen und gegen Angriffe von außen gesichert sein soll (Seite 7 unter Ziffer 4.1.). Zudem soll es ein Rollen- und Rechtekonzept (Seite 6 unter Ziffer 3.2.) sowie einen Passwortschutz (Seite 8 unter Ziffer 4.2.) geben. Auch das beim UBA laufende Herkunftsnachweisregister enthält unterschiedlichste Rollen mit jeweils zugeordneten, zum Teil exklusiven Rechten. Gerade der Umstand, dass das MaStR über das Internet nutzbar ist und einfach nutzbare Schnittstellen besitzen soll, stellt jedoch höhere Anforderungen an die IT-Sicherheit, so dass der Betrieb einer DMZ und ein Rollen- und Rechtekonzept nicht ausreichen, um die Schutzziele Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität der Daten sicherzustellen.

Die BNetzA muss vor der gewünschten Anbindung bestehender behördlicher Register des UBA unbedingt mindestens sicherstellen, dass

- ein unerlaubter Zugriff auf die Daten ausgeschlossen ist (Schutz der Vertraulichkeit der Daten),
- Daten nicht in die Hände Unbefugter gelangen (Schutz der Vertraulichkeit der Daten),
- unautorisierte Veränderungen ausgeschlossen sind (Schutz der Integrität der Daten),
- keine Daten unberechtigt gelöscht werden (Schutz der Integrität der Daten) und
- keine neuen Daten unberechtigt erzeugt werden (Schutz der Authentizität der Daten).

Hierzu ist ein dem Schutzbedarf der zu verarbeitenden Daten, den Verfügbarkeitsanforderungen sowie dem Umfang und der hohen Zahl von Nutzern angemessenes IT-Sicherheitskonzept zu erstellen.

Die an sich ebenfalls in den Kontext der Datensicherheit gehörende Forderung der bedarfsgerechten Zurverfügungstellung der Daten wird wegen der eingeschränkten Ziele und der beschränkten Nutzbarkeitsdauer des MaStR durch das UBA nicht erhoben.

Gemäß BSI-Vorgaben orientiert sich das UBA bei diesen genannten Forderungen am sog. Maximumprinzip: Falls sich andere Anwendungen an das MaStR anbinden und so einen IT-Verbund darstellen, bestimmt das IT-System mit den schwerwiegendsten Auswirkungen den Schutzbedarf des gesamten IT-Systems. Da Auswirkungen beispielsweise auf das Herkunftsnachweisregister – falls sich dieses anbindet – Schäden in durchaus auch siebenstelliger Euro-Höhe verursachen können, ist von einem hohen bis sehr hohen Schutzbedarf auch beim MaStR auszugehen.

Oben wurde bereits gezeigt, dass aus Sicht des UBA das MaStR der selbst aufgelegten Referenzfunktion nach derzeitiger Planung kaum gerecht werden kann. Sollten jedoch über unzureichende Datensicherheitsmaßnahmen die Authentizität, Integrität und Vertraulichkeit der Daten Schaden nehmen, geht auch aus diesem Grunde die Referenzfunktion verloren.

Zudem stellt sich dem UBA die Frage, ob es sich bei dem MaStR um eine „kritische Infrastruktur“ im Sinne des § 2 Absatz 10 BSI-Gesetz in der Fassung des Entwurfs eines IT-Sicherheitsgesetzes vom 18.08.2014 handelt. Wegen der Unschärfe des Konzeptes und der angestrebten Ziele ist dem UBA die Beantwortung der Frage nicht möglich. Wäre diese Frage zu bejahen, so wären noch wesentlich schärfere Vorgaben an die IT-Sicherheit umzusetzen. Diese Frage sollte die BNetzA aus Sicht des UBA in jedem Fall begründet beantworten.

Zuletzt sind die auf Seite 6/7 unter Ziffer 3.2 genannten Aspekte des Berechtigungskonzepts und die auf Seite 7 unter Ziffer 3.3. genannten Rollen noch sehr rudimentär, so dass eine Klärung im Rahmen des Konsultationsprozesses kaum erfolgversprechend erscheint.

► **Höhere Anforderungen an Datenschutz**

Aus datenschutzrechtlicher Sicht – die nur personenbezogene Daten betrifft – ist nur ein kleiner Teil der Daten des geplanten Marktstammdatenregisters relevant (Seite 4 unter Ziffer 2.3., Text nach Frage 9.). Im Einzelfall könnten natürliche Personen als Eigentümer betroffen sein. Im Übrigen geht es vor allem um Kontaktdaten der Betreiber, die häufig ohnehin öffentlich gehandhabt werden, bezüglich deren Erfassung die Erforderlichkeit aber auch außer Zweifel steht.

Dies gilt zumindest dann, wenn die Kontaktdaten für diejenigen zugänglich gemacht werden würden, für die sie erforderlich sind oder zumindest sein könnten, z. B. für behördliche Zwecke. Allerdings verfolgt die BNetzA einen Big-Data Ansatz (Seite 5 unten und Seite 6, Ziffer 3.1., 3.2.), also eine weitgehende Öffnung der Datenbank für zuvor nicht definierte Auswertungen von dritter Seite. Dieser unspezifische Zugang würde erfordern, dass personenbezogene Daten (auch von Unternehmensmitarbeitern) nur mit (freiwilliger und informierter) Einwilligung eingetragen werden und personenbestimmbare Daten, z. B. durch die Bildung von größeren Gruppen, für den allgemeinen Zugriff anonymisiert werden.

Bei der weiteren Bearbeitung des MaStR ist – neben dem vermutlich bereits eingebundenen Datenschutzbeauftragten der BNetzA – vor allem der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) einzubinden.

► **Beschränkung des MaStR auf Stammdaten bedauerlich**

Die Beschränkung des MaStR auf Stammdaten ist aus Sicht der mit dem Elektrizitätsmarkt Betroffenen sicherlich bedauerlich. Sinnvoll, jedoch nur mit erheblichem Mehraufwand umsetzbar wäre es, auch bestimmte Bewegungsdaten in das MaStR aufzunehmen. Dies erforderte die Definition einer neuen Rolle als Marktakteur „MaStR“, wie sie auch dem UBA im Rahmen des Herkunftsnachweisregisters zukommt. Letzteres bleibt daher bis auf weiteres deutschlandweit das einzige behördliche Register auf dem Elektrizitätsmarkt mit Bewegungsdaten.

Die Nichterfassung von Bewegungsdaten nach dem TEHG und ProMechG ist hingegen aus Sicht des Emissionshandels unvermeidbar. Emissionshandels-Bewegungsdaten werden beim UBA in hochspezialisierten Anwendungen erfasst, deren Logik ansonsten im MaStR nachgebildet werden müsste – ohne dass hinreichende Expertise der Anwendungen für die Bewegungsdaten bei der BNetzA läge.

► **Gesetzgeberischer Handlungsbedarf an Herkunftsnachweis-spezifischen Regelungen nicht ohne vorherige Diskussion mit dem UBA**

Das Konsultationspapier weist der BNetzA die Rolle zu, dem BMWi Änderungsbedarf an Gesetzen und Verordnung mitzuteilen (Seite 1). Dies sieht das UBA kritisch. Im Bereich des Herkunftsnachweisregisters, das das Konsultationspapier der BNetzA mehrfach erwähnt, ist das UBA selber der Ordnungsgeber. Insofern sollten Änderungsbedarfe, die die BNetzA identifiziert, nicht ohne vorherige intensive Diskussion mit dem UBA an das BMWi mitgeteilt werden. Dass der von der BNetzA

an das BMWi mitgeteilte Änderungsbedarf keinen „gesetzgeberischen Automatismus“ auslöst, versteht sich dabei von selbst.

Im Übrigen weist UBA darauf hin, dass die gesetzliche Grundlage in der 13. und 17. BImSchV nur für die Datenweitergabe an das UBA besteht, daher wäre gegebenenfalls eine Anpassung notwendig, vorher diese Daten mit dem MaStR abzugleichen oder diese (stark einzugrenzenden und von den Bewegungsdaten unabhängigen) Daten direkt aus dem MaStR zu beziehen, in dem die Großfeuerungsanlage zukünftig über die MaStR-ID definiert werden.

Antworten auf die konkreten Fragen:

Das UBA beantwortet nicht jede der gestellten Fragen. Folgende Fragen bleiben daher unbeantwortet: 8, 17 – 20, 29.

Das UBA ist in unterschiedlichen **Rollen** von einem künftigen MaStR betroffen, insbesondere:

- Registerführer des Herkunftsnachweisregisters gemäß § 79 EEG 2014, dort auch Marktakteur im Rahmen der Marktkommunikation mit besonderem Status (trotz Status als Marktakteur nicht in BDEW-Codenummerndatenbank aufgenommen, vgl. EDI@Energy, HKNR-Anwendungshandbuch, Version 2.1b, Seite 3);
- Betreiber des nationalen Pollutant Release and Transfer Register (PRTR);
- Berichterstatter an die EU-Kommission von Brennstoff- und Emissionsdaten (Betreiberangaben) gemäß Richtlinie 2001/80/EG, ab 2016 gemäß Richtlinie 2010/75/EU;
- als wissenschaftliche Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), die zum Teil unter der Fachaufsicht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie steht und in dessen Funktion unter anderem zuständig für die Datenberichterstattung zu Erneuerbaren Energien und Abfall nach EU-VO 1099/2008 und zu Erneuerbaren Energien nach RL 2009/ 28/EG an die EU-Kommission sowie für die Erstellung des Entwurfs des Fortschrittsberichts zur Umsetzung der Richtlinie 2009/28/EG;
- zuständige Behörde nach TEHG und ProMechG für Emissionshandel und u.a. Strompreiskompensation.

Antwort zu Frage 1:

Beim UBA handelt es sich selber um eine Behörde. Daher ist die Zahl der behördlichen Register, an die wir derzeit Stammdaten senden, eher begrenzt. Umgekehrt sind wir ein Akteur, dem Daten gesendet werden.

Im Wege der Berichterstattung **sendet** das UBA Stammdaten beispielsweise an das EU-Register für Emissionen aus Großfeuerungsanlagen (siehe auch <http://rod.eionet.europa.eu/obligations/9/overview>): Stammdaten sind Teil der jährlichen Bewegungsdatenmeldung.

Im Übrigen ist UBA **Empfänger** von Stammdaten, nämlich beim Herkunftsnachweisregister und im Emissionshandel und bei der Strompreiskompensation. Im Herkunftsnachweisregister beispielsweise senden uns die Betreiber von aus erneuerbaren Energien produzierenden Anlagen und die Verteilernetzbetreiber die Stammdaten der Anlagen. Weiterhin ist UBA Datennutzer für statistische Zwecke im Rahmen der Berichterstattung zu erneuerbaren Energien.

Antwort zu Frage 2:

Das UBA sieht vor dem Hintergrund der zu Beginn dieser Stellungnahme geschilderten noch nicht ausgereiften Ziele des MaStR derzeit noch keinen Grund, bestehende Register abzulösen. Vor allem die Stammdatenhaltung beim Herkunftsnachweisregister steht vor den oben geschilderten Problemen nach dem bisherigen Konzept nicht zur Disposition. Allenfalls über eine stichprobenhafte Überprüfung der Richtigkeit der Daten in der Anlagenliste des Herkunftsnachweisregisters anhand der Daten des MaStR wäre zukünftig nachzudenken.

Aufgrund der im UBA vorhandenen praktischen Erfahrungen im Aufbau von – auch IT-gestützten – Vollzügen bleibt festzustellen, dass wohl noch keine Prozessanalyse durchgeführt wurde, insbesondere auch keine Überlegungen zu notwendigen Datenaktualisierungs- und Qualitätssicherungsprozessen durchgeführt wurden. Für Behörden, die ihm Rahmen diverser Gesetzesvollzüge tätig sind, ist dies zu wenig, insbesondere da nicht erkennbar ist, auf welchem Datenstand sich die vorgehaltenen Daten befinden. Für das PRTR (Pollutant Release and Transfer Register) im UBA mit seinen (europa-)rechtlichen Vorgaben an Akteuren und Fristen ist das System nach dem bislang bekannten Stand nicht nutzbar.

Aus Sicht der IT-Anwendungen (insb. Formular Management System) im Emissionshandel sollten diese aus dem Geltungsbereich des MaStR ausgenommen werden – ein Nutzen auch für die Betreiber ist für uns derzeit nicht erkennbar. Gerade die Erfassung von Emissionshandelsstammdaten vereinfacht das UBA durch Datenimport-Möglichkeiten aus Vorjahres-Datensätzen in unseren Anwendungen bereits so stark, dass eine Entlastung der Betreiber bei der Eingabe erforderlicher Daten nicht notwendig scheint (und auf die geplante Weise jedenfalls nicht erreicht wird). Von diesen Möglichkeiten profitieren alle im Emissionshandel erfassten Betreiber (und nicht nur die im MaStR registrierten). Stattdessen würde eine Anbindung unserer Anwendungen an das MaStR einen erheblichen konzeptionellen, wirtschaftlichen und auch Test-Aufwand produzieren, der nach der bisher bekannten Konzeption des MaStR zum Gewinn – so er denn überhaupt vorhanden ist – in keiner Relation steht.

Anzustreben ist mit einem MaStR zumindest eine Erhöhung der Eindeutigkeit und Zuordnungsmöglichkeit von gemeldeten Stammdaten zu konkreten Anlagen; damit wäre schon einiges erreicht.

Geht man tatsächlich an eine Ablösung bestehender Register, so sollte – wie auch schon im Konsultationspapier genannt – vor allem das EE-Anlagenregister und das PV-Meldeportal abgelöst werden.

Antwort zu Frage 3:

Die Frage legen wir so aus, dass wir statt des „muss“ ein „könnte“ lesen. Denn die ungenauen Ziele und die Kritik an diesen lassen derzeit noch nicht hinreichend einen Vorteil eines Datenaustausches erkennbar werden. Zudem ist es wichtig, nicht nur technische Vorkehrungen für einen Datenaustausch zu schaffen, sondern auch organisatorische und prozesshafte. So wäre es erforderlich, für den Fall der Unterschiedlichkeit in mehreren Registern ein Verfahren zu etablieren, wie mit diesen Unterschieden umzu-

gehen ist (beispielsweise Nachfrage bei der Datenquelle) und danach die Register nachzupflegen und gegebenenfalls Bußgelder gegen den Dateninhaber zu verhängen. Möglich wäre auch, ein „führendes“ Register zu bestimmen, dem immer geglaubt wird (Registerwahrheit). Hierfür erscheint das MaStR jedoch nach derzeitiger Planung durch die eingeschränkten Ziele nicht geeignet.

Bei Nachbesserung des Konzepts wäre ein Datenaustausch mit dem UBA zu diskutieren.

Im Bereich der Immissionsberichterstattung nach der 13. und 17. Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) liegen bei den immissionsschutzrechtlichen Genehmigungs- und Überwachungsbehörden Datenlisten über Stammdaten von Großfeuerungsanlagen vor. Die Daten gelangen über einen etablierten Bund-Länder-Berichtsprozess zum UBA. Die Länder-Stammdaten sind die primäre Datenhaltung, die im UBA vorliegenden Daten werden unverändert weiterberichtet oder publiziert. Eine gleichzeitige Datenübernahme in das MaStR erscheint über diesen Berichtsprozess möglich. Auch könnte ein Datenaustausch die Datenqualität verbessern.

Für die Erstellung der Statistik zu erneuerbaren Energien und die Erfüllung damit im Zusammenhang stehender Berichtspflichten nutzt die Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat) bereits Daten der EEG-Jahresendabrechnung der BNetzA. Eine Verbesserung dieser Datengrundlagen im Zusammenwirken mit dem MaStR könnte bei Fortführung des Datenaustauschs die Datenqualität der EE-Statistik verbessern helfen. Auch für die Pflege der UBA Kraftwerksliste ist eine Fortführung des bisherigen Datenaustauschs zwischen UBA und BNetzA-Kraftwerksmonitoring bei ggf. Übergang des letzteren in ein MaStR erwünscht.

Antwort zu Frage 4/5:

Es sind auch die Stammdaten folgender Akteure zu registrieren:

- Direktvermarkter von Strom aus erneuerbaren Energien;
- Betreiber von Strom- und Gasnetzen, aber auch wegen der Sektorkopplung (Stichwort Rückverstromung) Betreiber von Wärmenetzen;
- Betreiber von Großfeuerungsanlagen als Fernwärmelieferanten und Gasverteilungsakteure erfasst werden – falls dies nicht ohnehin beabsichtigt ist, was nicht eindeutig aus dem Konsultationspapier hervorgeht;
- Betreiber von abfallwirtschaftlichen Anlagen, die Strom und/oder Gas erzeugen und ins Netz einspeisen. Dies sind Abfallverbrennungsanlagen, Bioabfallvergärungsanlagen (Erstellung von Biogas aus Bioabfall), anaerobe mechanisch-biologische Restabfallbehandlungsanlagen (MBA) (Biogas aus Restabfall) und Deponiegasanlagen. Strom und/oder Gas erzeugende Anlagen des Abfallsektors sind bisher nicht explizit im Diskussionspapier genannt.

Bei den Abfallverbrennungsanlagen wäre gegebenenfalls weiter zu differenzieren zwischen Mono- und Mitverbrennungsanlagen (Kohle-Kraftwerke, die z.B. Ersatzbrennstoffe oder Klärschlamm mitverbrennen). Monoverbrennungsanlagen können zudem in Siedlungsabfallverbrennungsanlagen (MVA), Klär-

schlammverbrennungsanlagen und Altholzverbrennungsanlagen unterschieden werden. Bei Klärschlammverbrennungsanlagen ist die ins Netz eingespeiste Strommenge allerdings gering.

Hinsichtlich der verwendeten Energieträger sollten bei den abfallwirtschaftlichen Anlagen die hauptsächlich eingesetzten Abfallarten mit Abfallschlüsselnummern nach dem Europäischen Abfallarten Katalog angegeben werden. Zudem sind wegen der erhöhten Transparenz die „Abfallanlagen“, die im Herkunftsnachweisregister registriert sind, auch als solche im MaStR auszuweisen.

Das Konsultationspapier erwähnt entgegen § 53b EnWG keine Energieverbraucher. Dies wird grundsätzlich für richtig gehalten, obwohl es für die Zwecke des Registers letztlich unverzichtbar ist, auch die Verbraucher zu erfassen. Die Einbeziehung von Verbrauchern wirft jedoch erhebliche Fragen auf, die die Entwicklung des Stammdatenregisters ggf. stark verzögern könnten. Dazu sollte die BNetzA jedoch auch einen Konsultationsprozess starten, v.a. auch hinsichtlich möglicher Lösungsansätze für die Erfassung der Verbraucher.

Antwort zu Frage 6:

UBA begrüßt die Unterscheidung in natürliche und juristische Personen. Bei juristischen Personen dürfte bereits der Datenschutz in geringerer Form relevant sein.

Um einen hinreichenden Datenabgleich vornehmen zu können, sollte das MaStR diejenigen akteursbezogenen Stammdaten abfragen, die auch im Herkunftsnachweisregister gespeichert sind. Diese sind in § 4 der Herkunftsnachweis-

Durchführungsverordnung (HkNDV) geregelt. Abzufragen sind in jedem Fall auch Telefonnummern. Hinzukommen sollte eine Offenheit für neue Stammdaten, damit das Register sich an die sich ständig weiterentwickelnde Elektrizitäts- und Gasbranche anpassen kann.

Solange die gesetzlichen Grundlagen zur Erfassung von Stammdaten für die bisher geltenden Registrierungspflichten nicht harmonisiert sind, kann es akteursabhängig eine gesetzliche Grundlage für die Erfassung bestimmter Stammdaten geben. In Abhängigkeit davon, ob für den jeweiligen Akteur eine gesetzliche Grundlage für die Erfassung der betrachteten Daten besteht, sollte die Software die Eingabe dieser Daten verpflichtend oder optional behandeln.

Antwort zu Frage 7:

Folgende Anlagen sind im MaStR zu registrieren:

- Strom-, Gas- und (Fern-)Wärmenetze: diese sind u.a. relevant für den Anschluss von EE-, Biogas- oder Rückverstromungsanlagen – unabhängig von den Verbrauchern sowie in ihrer Funktion als Flexibilität der Erzeugung analog zu Speichern. Der Anschlusspunkt wird bei den Anlagenstammdaten erfasst.
- Zusätzlich zu Speichern für Strom und Gas sowie Gas erzeugenden Anlagen sollten explizit neue Anlagen erfasst werden, die im Rahmen der Energiewende zu-

nehmend Bedeutung erlangen werden, z.B. für die Sektorkopplung, also Wärmespeicher (KWK-Anlagen), Power-to-Gas- (PtG)/Power-to-Liquid- (PtL) Anlagen, Rückverstromungsanlagen u.a.m.

Antwort zu Frage 9:

Die hier erbetene Liste wird das UBA gerne nachliefern, sobald die Zielstellung des MaStR so deutlich ist, dass das UBA über die Anbindung bestehender Register oder die Nutzung des MaStR zum Abgleich entscheiden kann. In diesem Stadium möchten wir generell auf Folgendes hinweisen:

- ▶ Es ist zu vermeiden, dass das MaStR Daten für behördliche Register erhebt, manche Daten, die diese behördlichen Register benötigen, im MaStR jedoch wiederum fehlen. Dafür hat die BNetzA eine sehr intensive und detaillierte Bestandsaufnahme vorzunehmen. Dabei wird die BNetzA feststellen, dass manche Stammdaten sehr bereichsspezifisch sind, beispielsweise Kontaktdaten von Emissionshandelsvorgangsspezifischen Ansprechpartnern und von Emissionshandels-Prüfstellen. An solchen Beispielen zeigt sich der erforderliche Spagat zwischen der Führung eines vollständigen Registers einerseits und der „Auslagerung“ auch bereichsspezifischer Stammdaten, den die BNetzA besser beschreiben muss. Die für den Betrieb des Herkunftsnachweisregisters erforderlichen Anlagenstammdaten ergeben sich beispielsweise aus § 2 HkNV und § 10 Absatz 2 HkNDV. Wir stellten sie auch bereits vor wenigen Wochen in tabellarischer Form zur Verfügung.
- ▶ Bei der Beschreibung der zu erhebenden Daten ist zudem auf Kompatibilität der geforderten Datenformate zu achten: Allein ein Unterschied in der zulässigen Feldlänge z.B. könnte zu Importschwierigkeiten führen; diese Datenformate müssten zwischen allen angeschlossenen Anwendungen abgestimmt werden. Auch hier wäre eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, damit das MaStR mit möglichst vielen Registern kompatibel ist.
- ▶ Das MaStR ist generell derart zu gestalten, dass in der Zukunft neue Daten für bereits registrierte Anlagen erhoben und gespeichert werden können. Wichtig ist also eine Offenheit der Technik für neue Stammdaten.

Das künftige MaStR sollte zumindest die Stammdaten des Diskussionspapiers beinhalten; Definitionen werden erst später konsultiert und könnten – je nach gefundener Definition – zu weiteren Datenerfordernissen führen. Darüber hinaus plädiert das UBA für die Aufnahme mindestens folgender Punkte:

- Förderung der Stromerzeugung (z.B. EEG, Befreiung von EEG-Umlage etc.);
- für Anlagen der Strom-, Wärme-, Biogaserzeugung sollte jedenfalls der Anschlusspunkt der Anlage an das jeweilige Strom-, Wärme- oder Gasnetz enthalten sein. Umgekehrt sollte auch die Frage geprüft werden, ob bei den erfassten Strom-, Gas- und Wärmenetzen die an die Netze jeweils angeschlossenen Anlagen für Energieumwandlung (bzw. –nutzung) erfasst werden sollen oder ob diese aus dem jeweils bei Erzeugungsanlagen erfassten Netzanschluss abgeleitet werden kann;

- nicht kontinuierliche Änderungen an den Anlagen, z.B. installierte Leistung, Speichervolumen, Anschlusspunkt der Anlage, Energieträger, Änderung bei technischen Eigenschaften.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang eine abrufbare Historisierung zu der Anlage.

Antwort zu Frage 10/11:

Die Beantwortung dieser Fragen hängt von der Zielstellung des MaStR, aber auch der Öffentlichkeit der Datenzugänglichkeit ab. Wie bereits einleitend dieser Stellungnahme ausgeführt, bedarf es hier der Abwägung gemeinsam mit dem BfDI unter Berücksichtigung der geltenden Rechtslage.

Antwort zu Frage 12:

Folgende Vereinfachungen könnte sich – je nach Zweckdefinition und Gestaltung des MaStR – das UBA vorstellen beispielsweise:

- Beendigung der Verwechslungsgefahr von Datenmeldungen;
- Erfüllung wesentlicher Aufgaben im Rahmen des EEG (Vergütung von EE-Anlagen, Meldepflichten etc.);
- Verfügbarkeit von Anlagen für bestimmte Systemdienstleistungen;
- vereinfachte Bildung virtueller Kraftwerke.

Antwort zu Frage 13:

Für folgende Aufgaben können die veröffentlichten Stammdaten des MaStR beispielsweise nützlich sein:

- statistische Darstellung der Erzeugungsanlagen;
- immissionsschutzrechtliche Behörden könnten damit jede Datenmeldung eindeutig kennzeichnen und einige Stammdaten nicht mehr gesondert pflegen müssen.

Antwort zu Frage 14:

Veröffentlichungen des MaStR sind dann nutzbar, falls sie mindestens die folgenden Kriterien erfüllen:

- allgemein verfügbar;
- sämtliche Daten sind valide, aktuell und umfassend;
- eigene Sortier- und Filtermöglichkeiten.

Antwort zu Frage 15:

Bei den Veröffentlichungen hat die BNetzA den Datenschutz persönlicher Daten und von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen zwingend zu beachten. Dies dürfte einer der wesentlichen Gründe sein, Daten nicht zu veröffentlichen.

Hinzu kommen Informationen, die Marktaktivitäten nachvollziehbar machen, beispielsweise Vertragskontakte, Preise oder Ähnliches.

Antwort zu Frage 16:

Zunächst wären die Daten des MaStR für das UBA für dessen wissenschaftliche Zwecke von großem Gewinn. Insofern hat das UBA Interesse an sämtlichen Daten, solange diese nicht dem Datenschutz unterliegen. Auf Anfrage im Wege der Amtshilfe sollten dem UBA auch solche Daten verfügbar sein, die nicht allgemein zugänglich sind.

Im Übrigen wäre zunächst zu klären, welches Datenangebot hinsichtlich der Richtigkeit und Verfügbarkeit das MaStR tatsächlich machen kann, bevor das UBA über die – auch automatisierte – Anbindung entscheiden könnte. Bei entsprechender Gestaltung könnte das MaStR jedoch bei einer Vielzahl von Prozessen nützlich sein und sicherlich beispielsweise das Herkunftsnachweisregister und die Energiestatistik gut unterstützen.

Auch für andere Akteure außerhalb des UBA könnte eine Berechtigung von großem Nutzen sein; dies erfordert im Einzelfall jedoch möglicherweise einen gesonderten Konsultationsprozess, weil – beispielsweise bei Anlagengenehmigungen – sehr viele Behörden in Bund, Ländern und Gemeinden involviert sind. Bund-Länder-Fachgespräche oder Bund-Länder-Ausschüsse könnten die Konkretisierung vornehmen und an die BNetzA melden. Darüber hinaus könnten manche Prozesse nicht sinnvoll in das MaStR integriert werden. Der Workflow, den die Bundesländer mit den Betreibern der Großfeuerungsanlagen nutzen, ist sehr komplex. Insofern wäre es auch möglich, dass hier die Datennutzer über den „normalen“ Zugang auf die Daten zugreifen.

Vorab zu Fragen 21 bis 24:

Aus den bislang im Konsultationspapier formulierten technischen Eckpunkten ist aus Sicht des UBA derzeit allenfalls ein orientierendes Übersichtssystem erkennbar. Die Beantwortung der gestellten technischen Fragen ist uns daher praktisch nicht möglich; die dennoch gegebenen Hinweise des UBA sind notwendig unvollständig und bedürfen nach der Präzisierung der Ziele und der Konzeption des MaStR der Ergänzung. Daher erlaubt sich das UBA, gegebenenfalls später noch Hinweise zu geben, die über die hier gestellten Fragen und gegebenen Antworten hinausgehen.

Antwort zu Frage 21:

Andere Nutzer sollten die Daten nicht über eigene Zugänge zum Register abrufen müssen, sondern der Zugriff muss automatisiert erfolgen, beispielsweise über Webservice-Schnittstellen. Dies setzt einen 24/7-Betrieb voraus, siehe dazu die Antwort auf Frage 24.

Antwort zu Frage 22:

Beim Aufbau des MaStR ist aus Sicht des UBA darauf zu achten, dass dieses möglichst technologieoffen ist, um den Änderungsbedarf an den bereits bestehenden Anwendungen, die vom MaStR profitieren sollen, gering zu halten. Insofern schließen sich aus unserer Sicht die angebotenen Datenaustauschformate nicht aus, sondern sind eher kumulativ zu verstehen. XML stellt eine gängige Möglichkeit dar; für Akteure und sonstige Nutzer des MaStR sollte jedoch auch ein Datenaustausch mittels CSV-Dateien möglich sein. Dieses Verfahren hat die geringsten Voraussetzungen und wird von jedem unterstützt.

Antwort zu Frage 23:

Wie auch bereits bei Frage 22 plädiert auch hier das UBA dafür, beim Aufbau des MaStR darauf zu achten, dass dieses möglichst technologieoffen ist, um den Änderungsbedarf an den bereits bestehenden Anwendungen, die vom MaStR profitieren sollen, gering zu halten. Insofern schließen sich aus unserer Sicht die angebotenen Standardstrukturen für den Datenaustausch nicht aus, sondern sind eher kumulativ zu verstehen. EDIFACT erweist sich in der Praxis – trotz intensiver Befassung durch Arbeitsgruppen beim BDEW und Festlegungen – als fehleranfällig, erhöht jedoch möglicherweise die Automatisierbarkeit. XöV ist eine ebenfalls anzubietende Alternative.

Antwort zu Frage 24:

Aus der Sicht des UBA, die es bereits in den Vorbemerkungen deutlich machte, ist eine der Grundbedingungen für einen Nutzen des MaStR die sehr hohe zeitliche Verfügbarkeit der Anwendung und der Daten. Grund dafür ist, dass Anwendungen, die auf das MaStR zugreifen können sollen, zum Teil mit einer hohen Verfügbarkeit betrieben werden. Im Idealfalle sollte die BNetzA einen 24/7-Betrieb anstreben mit nur sehr geringen Ausfallzeiten/Wartungsfenstern. Die Zurverfügungstellung bloßer Zeitfenster genügt nicht, weil das andere Prozesse, die auf das MaStR zurückgreifen wollen oder müssen, stark verkompliziert. Zudem wäre ein synchroner Datenabruf durch eine anderweitige Erfassungssoftware beim Datennutzer unmöglich. Dies hätte zur Konsequenz, dass das MaStR als solches sein in § 53b EnWG formuliertes Ziel weitgehend verfehlt.

In diesem Zusammenhang weisen wir zudem darauf hin, dass sich aus unserer Sicht die hohe Verfügbarkeit des MaStR bereits aus dem europäischen Recht ergibt. Anhang I, Ziffer 3 der Verordnung Nr. 976/2009 vom 19. Oktober 2009 zur Durchführung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Netzdienste in Verbindung mit der INSPIRE-Richtlinie 2007/2/EG verlangt eine Verfügbarkeit der Netzdienste, die „99% der Zeit“ beträgt.

Das UBA führt beispielsweise das Herkunftsnachweisregister in einem solchen 24/7-Betrieb und nimmt dieses nur zur Wartung und für Updates vom Netz (Ziffer 2.1 der Nutzungsbedingungen (Bundesanzeiger AT 01.07.2013 B10): „Der Zugang zum Register [steht] grundsätzlich 24 Stunden am Tag und sieben Tage die Woche zur Verfü-

gung.“). Wenn das Herkunftsnachweisregister vom MaStR möglichst weitgehend profitieren soll, dann muss auch das MaStR eine 24/7-Verfügbarkeit anbieten.

Antwort zu Frage 25/26:

Das Nummerierungskonzept ist bei der Umsetzung des MaStR wichtig, um jede Art der Mehrdeutigkeit für die Zukunft auszuschließen. Als Grundbedingung ergeben sich für das UBA folgende Mindestanforderungen:

- Ein-Eindeutigkeit der Identifikationsnummer;
- Einmaligkeit: Jede Nummer darf nur ein einziges Mal vergeben werden. Auch nach Löschung des Datensatzes wird die Nummer niemals wieder verwendet;
- Dauerhaftigkeit: Änderung der Stammdaten sollte nicht zu einer Änderung der Identifikationsnummer führen;
- keine „sprechende Nummerierung“: Diese versagen nach kurzer Zeit und bei neuen Erfordernissen. Fortlaufende Nummern ohne implizite Sachkennzeichnungen sind vorzuziehen

Antwort zu Frage 27/28:

Die Richtigkeit und die Vollständigkeit der Daten sind – neben der dauernden Verfügbarkeit des MaStR – wesentliche Grundbedingungen für den Erfolg des Registers. Es sind daher möglichst viele Maßnahmen zu treffen, um diese Eigenschaften möglichst sicher zu stellen. Dies kann unter anderem Folgendes beinhalten:

- Verpflichtung zur Aktualisierung der Daten durch die Akteure selber, verbunden mit spürbaren Sanktionen;
- Vergleich der Daten mit denen beim Verteilernetzbetreiber in der Elektrizitätswirtschaft;
- Meldesystem für alle Zugriffsberechtigten hinsichtlich falscher oder fehlender Daten; die Meldung sollte für Systemadministratoren und jeweils betroffene Datenlieferanten verfügbar sein;
- Die Datenqualität könnte zudem durch ein fallbezogenes und abgestuftes Verfahren sicher gestellt werden: Wenn es im Interesse des Datenlieferanten ist, die Daten korrekt darzustellen, wird eine Sanktionierung wohl in geringerem Maße erforderlich sein. Umgekehrt sollten unkorrekte Daten als Ordnungswidrigkeit geahndet werden, wenn dies eher oder nur im allgemeinen Interesse ist.

Zudem schlägt das UBA vor, die Migration der Daten aus anderen Registern dafür zu nutzen, durch Prüfungen ggf. bestehende Verletzungen der Integrität von Datenbeständen zu korrigieren.

Antwort auf Frage 29:

Es sind in jedem Fall Übergangsregelungen erforderlich. Ein Start des MaStR im Wege eines im Konsultationspapier so genannten „Big Bang“ ist technisch insofern nicht hinnehmbar, da die abgelösten oder das MaStR nutzenden Register nicht sämtlich mit der Anbindungsarbeit fertig sein werden. Dies gilt unabhängig von der Frage, ob das MaStR alle, viele oder nur sehr wenige andere Stammdatenregister ablöst.